Vorlage Nr. 174/22

Betreff: **SGB II - Jahresbericht 2021**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Sozialausschuss	25.05.2022	Berichterstattung durch:	Herrn Gausmann Frau Gehrke
-----------------	------------	--------------------------	-------------------------------

Betroffenes Leitprojekt/Betroffenes Produkt

Produktgruppe 83 Soziale Transferleistungen

Finanzielle Auswirkungen

- Ja Nein
 einmalig jährlich einmalig + jährlich

Ergebnisplan

Erträge €
Aufwendungen €
Verminderung Eigenkapital €

Investitionsplan

Einzahlungen €
Auszahlungen €
Eigenanteil €

Finanzierung gesichert

- Ja Nein
durch
 Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt
 sonstiges (siehe Begründung)

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklung und Tendenzen zur Kenntnis.

Begründung:

Der Sachstandsbericht hat das Ziel, die Mitglieder des Ausschusses einmal jährlich über die Entwicklungen und Tendenzen im Jobcenter der Stadt Rheine zu informieren.

Sachdarstellung:

1. Arbeitsmarktdaten/Entwicklungen

Seit Einführung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) zum 1. Januar 2005 wurde in den Sitzungen des Sozialausschusses jährlich fortlaufend über die Umsetzung des SGB II im Kreis Steinfurt berichtet.

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 hat der Kreis Steinfurt bzw. nach erforderlicher Änderung der Rechtsform des Grundsicherungsträgers zum 1. Juli 2021 hat die jobcenter Kreis Steinfurt AöR die aktuelle Organisation des Jobcenters (SGB II) vorgegeben. Seitdem bzw. weiter unverändert liegen sämtliche aktive Leistungen (Integration in Arbeit, Eingliederungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten u. a.) in der Zuständigkeit der jobcenter Kreis Steinfurt AöR (früher GAB AöR), und die Kommunen sind für die passiven Leistungen (reines Leistungsrecht; Grundsicherungsleistungen) zuständig.

Vom Grunde her kann und wird immer auf den jeweils beigefügten Jahres-/Geschäftsbericht der jobcenter Kreis Steinfurt AöR verwiesen werden. Der Jahresbericht stellt den Sachstand und die Entwicklungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Kreisebene dar. Da in diesem Jahr dieser Geschäftsbericht der jobcenter Kreis Steinfurt AöR jedoch erst im Juni veröffentlicht werden wird, sind dieser und damit die Zahlen auf Kreisebene abzuwarten und nach Veröffentlichung im Juni dieses Jahres einzusehen. Die Statistikwerte für den Regionalbereich Rheine sind jedoch erhoben und in diesem Bericht dargestellt.

Wie schon das Jahr 2020 war auch das Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie, die das öffentliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben weiter in vielen Teilen hemmte oder gar zum Stillstand brachte, geprägt.

Neben den im vergangenen Jahr dazu bereits gemachten Ausführungen wurden die insbesondere über den § 67 SGB II coronabedingt geschaffenen gesetzlichen (Sonder-)Regelungen im SGB II zum großen Teil noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres weiterverlängert. Dieses gilt sowohl für das vereinfachte Antragsverfahren, die Übernahme/Anerkennung von (tatsächlichen) Unterkunftskosten, die Vermögensprüfung und den Vermögenseinsatz als auch die Sanktionsregelungen.

Im Weiteren ist die Zuständigkeit der leistungsrechtlichen Betreuung der Selbstständigen im Kreisgebiet seit September letzten Jahres sukzessive auf das zentral am Standort Ibbenbüren zum 1. Juli 2021 eingerichtete Businesscenter übergegangen.

Nachfolgende Ausführungen und Tabellen geben einen Überblick zu den Entwicklungen der SGB II-Arbeitsmarktdaten in der Stadt Rheine in den letzten fünf Jahren (jeweils zum Stand 31. Dezember):

	2017	2018	2019	2020	2021
Bedarfsgemeinschaften (BG)	2.879	2.697	2.548	2.498	2.396
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte insgesamt	3.874	3.662	3.460	3.343	3.164
Arbeitslose im Rechtskreis SGB-II	1.632	1.577	1.598	1.578	1.554
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren	836	769	728	654	559
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.764	1.680	1.551	1.437	1.384

Quelle: Arbeitsmarktreport jobcenter Kreis Steinfurt AöR

In den letzten Jahren war die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften stichtagbezogen entsprechend der insgesamt positiven Entwicklung des allgemeinen Arbeitsmarktes kontinuierlich abfallend. Es erfolgten mehr nachhaltige Integrationen in weitgehend bedarfsdeckende Erwerbstätigkeiten. Bei dieser Entwicklung ist besonders positiv zu berücksichtigen, dass dieser Trend trotz des zumindest anfangs zu verzeichnenden erheblichen Anteils des Überganges von Flüchtlingen nach ihrer Anerkennung vom Rechtskreis der Asylbewerber zum Rechtskreis der SGB II-Leistungsberechtigten erfolgen konnte. Auch mit dem Teilhabechancengesetz schaffte der Gesetzgeber zu Beginn des Jahres 2019 neue Förderinstrumente für Langzeitarbeitslose. Ziel der „Eingliederung in Arbeit“ (§ 16 e SGB II) und der „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (§ 16 i SGB II) ist es, Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Beide Förderungen beinhalten einen Lohnkostenzuschuss und werden von einer beschäftigungsbegleitenden Betreuung flankiert. Weiter begleitend positiv unterstützt wurde der oben beschriebene Trend der sinkenden Bedarfsgemeinschaft-Zahlen durch das zum 1. Juli 2019 erstmals in Kraft getretene und bis heute in Teilen novellierte Starke-Familien-Gesetz, das zum Ziel hat, Familien mit geringen und mittleren Einkommen wirksamer vor Armut zu schützen, den Bedarf von Kindern zu sichern und dafür zu sorgen, dass sich auch bei geringen Einkommen Erwerbstätigkeit lohnt und damit ein Leben ohne die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen ermöglicht. In diesem Zusammenhang wirken insbesondere die vorgenommenen Veränderungen bei den Leistungsvoraussetzungen zum Kinderzuschlag. Ebenfalls sind die mit Beginn der Pandemie und den zwangsläufig notwendig verhängten Lock-Down-Phasen gleichzeitig eingeführten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Überbrückungshilfen, Kurzarbeitergeld etc., dafür verantwortlich, dass sich das Herunterfahren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens bislang entgegen der anfangs prognostizierten Erwartungen eines erheblichen Anstieges der Bedarfsgemeinschaftszahlen nicht eingestellt haben. Vielmehr konnte im Jahr 2020 nach zwischen-/jahreszeitlichem geringen Anstieg der Stand zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr gehalten bzw. leicht vermindert werden. Dieser abfallende Trend war auch in dem zuletzt vergangenen, ebenfalls pandemiegeprägten Jahreszeitraum 2021 weiter zu verzeichnen.

2. Struktur der Leistungsempfänger

Bei den SGB II-Leistungsempfängern wird dem Grunde nach unterschieden zwischen erwerbsfähigen (= Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähigen (= Sozialgeld) Leistungsberechtigten. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher werden definiert als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), die einen laufenden Leistungsanspruch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben und gleichzeitig Bruttoeinkommen aus abhängiger und/oder selbständiger Erwerbstätigkeit beziehen. Häufig sind die Erwerbseinkünfte nicht ausreichend, so dass ergänzende Grundsicherungsleistungen nach dem SGB-II erbracht werden müssen (= sog. Aufstocker). Darüber hinaus sind auch bei Empfängern von Arbeitslosengeld I (SGB III) und Renteneinkünften (SGB VI) aufstockende Leistungen zu erbringen.

Eine interne Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR, jeweils mit Stand 31. Dezember des Jahres, hat nachfolgendes Ergebnis hinsichtlich ergänzender SGB II-Leistungen erbracht:

	2019	2020	2021
Personen mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	893	772	733
davon mit Einkommen (brutto) bis 450 €	460	418	366
davon mit Einkommen (brutto) über 450 €	433	354	367
Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit	46	37	34
Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld I	48	62	52

Quelle: statistische Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR

Die Gesamttendenz der „Aufstocker“ ist entsprechend dem Trend aller SGB II-Bedarfsgemeinschaften rückläufig. Der im Jahr 2020 entgegen der Gesamttendenz zu verzeichnende Anstieg der bedürftigen Personen mit ALG I-Bezug ist mit in Teilen erfolgten coronabedingten Arbeitsplatzverlusten zu erklären, die sich dann im Folgejahr 2021 jedoch konjunktur- und fachkräftemangelbedingt wieder abgeschwächt haben.

3. Bildungs- und Teilhabepaket

Die Leistungen des zum 1. April 2011 eingeführten Bildungs- und Teilhabepaketes sind in den §§ 28, 29 SGB II verankert. Das Bildungs- und Teilhabepaket hat das Ziel, Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen zu fördern und zu unterstützen. Sie sollen nicht von Kultur, Sport und Freizeit, Mittagessen, Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerfahrtkosten und Lernförderung ausgeschlossen sein, weil das Geld nicht ausreichend ist.

Ab dem 1. April 2011 können diese Kinder und Jugendlichen zum Beispiel bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitfahren, Sport- und Musikangebote nutzen, bei Bedarf Nachhilfe bekommen oder am gemeinsamen Mittagessen in der Schule, der Kindertageseinrichtung, dem Hort oder bei der Tagesmutter teilnehmen.

Eine Erfassung der Leistungen durch den Kreis Steinfurt bzw. die Jobcenter Kreis Steinfurt AöR für die Stadt Rheine hat in den vergangenen fünf Jahren nachfolgende Ergebnisse erbracht:

Jahreswerte - geförderte Kinder nach Leistungsart *							
	Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	Persönlicher Schulbedarf	Schülerbeförderung	Lernförderung	Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	Summe der geförderten Kinder
2017	1.499	2.328	3	367	1.771	796	6.764
2018	1.298	2.293	3	372	1.780	862	6.608*
2019	1.506	2.194	4	399	1.801	806	6.710*
2020	701	2.139	6	376	1.885	801	5.908*
2021	425	2.233	12	332	1.861	622	5.485*

Quelle: statistische Auswertung der Jobcenter Kreis Steinfurt AöR
 *inkl. Inanspruchnahme von Mehrfachleistungen (tatsächlich im Jahr 2018 = 3.124 Förderkinder, im Jahr 2019 = 3.055 Förderkinder, im Jahr 2020 = 3.050 Förderkinder und im Jahr 2021 = 3067 Förderkinder)

Nachdem zu Beginn die BuT-Leistungen noch mit Gut-/Berechtigungsscheinen bewilligt wurden, erfolgte zum 1. Februar 2015 die Einführung der so genannten Münsterlandkarte, die der Leistungsabwicklung diente. Die Münsterlandkarte ist web-basierend; Erbringung und Abrechnung erfolgen ausschließlich durch Aufbuchen von Ansprüchen des Bildungs- und Teilhabepakets durch die persönlichen Ansprechpartner/innen und durch Abbuchen der erbrachten Leistung durch die Träger. In den vergangenen Jahren ist die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz kontinuierlich gestiegen. Dieses ist in Großteilen sowohl auf die intensive Beratung der Leistungsbezieher/innen durch die persönlichen Ansprechpartner/innen im Jobcenter als auch die vor Ort tätigen sog. BuT-Lotsen/-Lotsinnen und die damit verbundene gestiegene Akzeptanz und Inanspruchnahme der Leistungsangebote des Bildungs- und Teilhabepakets zurückzuführen. Erst seit dem Jahr 2018 stagnierte diese Entwicklung bzw. war in Teilen auch leicht abfallend, was zum einen mit der in den letzten Jahren festzustellenden rückläufigen Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten und zum anderen für die vergangenen beiden Jahre insbesondere für die Leistungsart der Schulausflüge, mehrtägigen Klassenfahrten und im letzten Jahr der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben mit der Corona-Pandemie und den Lock-Down-Phasen zu erklären ist. Hierunter litt ebenfalls der BuT-Bereich der Lernförderung. Obwohl pandemiebedingt viele Schüler/innen Lernrückstände hatten, war oftmals während der anfangs langen Homeschooling-Phase keine Nachhilfe in Präsenz möglich und Online-Angebote nicht immer eine passgenaue Alternative.

Mit dem Inkrafttreten des Starke-Familien-Gesetzes wurde mit Wirkung vom 1. August 2019 das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket zusätzlich verbessert. Das Schulbedarfspaket stieg von 100 Euro auf 150 Euro pro Schuljahr und in den Folgejahren entsprechend der Steigerung der Regelsätze (so genannte Dynamisierung; für das Jahr 2021: 154,50 € pro Schuljahr). Die monatliche Teilhabeleistung wird von 10 Euro auf 15 Euro pauschal erhöht. Die bisher zu leistenden Eigenanteile der Eltern bei der Mittagsverpflegung und der Schülerbeförderung entfallen. Mit diesen Maßnahmen werden die Eltern nicht nur finanziell entlastet, son-

dern es fällt auch u. a. durch die teilweise festgeschriebene Antragsunabhängigkeit der Leistungen ein Teil Bürokratieaufwand für Eltern, Dienstleister und Verwaltung weg.

4. Finanzierung/kommunale Aufwendungen

Entsprechend der zuletzt am 29. Juni 2021 novellierten Fassung der Satzung des Kreises Steinfurt zur Regelung der Beteiligung der Städte und Gemeinden an den kommunalen Kosten des SGB II beteiligen sich im Rahmen der Aufgabendelegation die Städte und Gemeinden mit 50 % an den kommunalen Kosten des SGB-II (§ 5 Abs. 5 S.1 AG SGB II NRW). Hierdurch soll eine Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzverantwortung erreicht werden. Gleichzeitig verpflichtet § 5 Abs. 5 S. 3 AG SGB II NRW den Kreis aber auch, ob und in welcher Weise ein Härteausgleich durch Satzung festgelegt wird, wenn infolge erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet die Beteiligung kreisangehöriger Gemeinden an den Aufwendungen für diese zu einer erheblichen Härte führt.

Nach dem inzwischen durchlaufenen gerichtlichen Verfahren, welches für die Stadt Rheine im Zuge eines Vergleiches einhergehend mit einer für die Jahre 2012 bis 2016 erfolgten Härteausgleichsnachzahlung in Höhe von 1.795 Mio. € abgeschlossen wurde, gilt nun für den Bereich der jobcenter Kreis Steinfurt AöR folgende Regelung des Härteausgleichs:

a) Gemäß § 5 Abs. 5 S. 3 AG SGB II werden für das Bestehen erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet für einzelne Kommunen folgende Kriterien festgelegt:

- SGB II-Quote
- Gesamt-Arbeitslose pro Einwohner
- SGB II-Arbeitslose pro Einwohner
- SGB II-Kosten pro Einwohner

Erhebliche strukturelle Unterschiede im Kreisgebiet werden für die Städte und Gemeinden festgestellt, in denen mindestens zwei der oben angegebenen vier beschriebenen Werte in mindestens drei der vorausgegangenen vier Kalenderjahre um mindestens 25 % vom Kreisdurchschnitt negativ abweichen.

b) Eine erhebliche finanzielle Härte wird für die Städte und Gemeinden unter folgenden Voraussetzungen festgestellt:

- Es liegen erhebliche strukturelle Unterschiede gegenüber dem Kreisgebiet vor und
- die Belastung durch die Spitzabrechnung nach den Vorgaben des § 5 Abs. 5 S. 1 AG SGB II NRW und der Kostenbeteiligungssatzung sind im Verhältnis zur hälftigen (fiktiven) Kreisumlage, die zur Deckung der Kosten zu leisten wäre, um mehr als 20 % höher.

c) Ein Ausgleich der finanziellen Härte erfolgt, indem im Rahmen der Abrechnung der Kostenbeteiligung die Mehrbelastung der betroffenen Städte und Gemeinden auf 20 % (siehe oben) begrenzt wird. Die Entlastungsbeträge werden im Rahmen der Abrechnung auf die anderen Städte und Gemeinden im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Kreisumlage verteilt.

Die kommunalen SGB II-Aufwendungen für die Stadt Rheine stellen sich im Vergleich der Jahre 2019, 2020 und 2021 wie folgt dar:

Beteiligung an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II	Rheine		
	2019	2020	2021
KdU	12.923.502,37 €	12.273.065,21 €	12.026.897,62 €
- Einnahmen kommunal	1.107.172,01 €	952.545,07 €	714.793,99 €
- FlüKdU (volle Kostendeckung)	1.840.682,87 €	1.942.598,33 €	1.853.022,55 €
- Beteiligung Bund flüchtlingsbedingt 2,20 %	<i>entfällt</i>	<i>entfällt</i>	<i>entfällt</i>
= KdU verbleibend	9.377.921,81 €	9.575.973,23 €	9.459.081,08 €
- Beteiligung Bund KdU 26,40 %	2.633.570,94 €	2.475.771,36 €	2.497.197,41 €
- Beteiligung Bund BuT-VerwK 1,20 %	119.707,77 €	112.535,06 €	113.508,97 €
= Kommunale KdU	6.789.615,39 €	6.933.004,62 €	6.848.374,70 €
+ Wohnungsbeschaffungskosten § 22 VI	67.574,67 €	43.213,56 €	44.633,01 €
+ Übernahme Mietschulden § 22 VIII	9.616,07 €	1.512,38 €	14.700,91 €
+ Instandhaltungskosten § 22 II	<i>in KdU enth.</i>	<i>in KdU enth.</i>	<i>in KdU enth.</i>
+ Einmalige Leistungen	295.509,80 €	272.708,23 €	241.696,55 €
=	7.162.315,93 €	7.250.438,79 €	7.149.405,17 €
- Anteil Wohngeldausgleich	1.563.092,06 €	1.467.599,35 €	1.413.828,63 €
	5.694.716,58 €	5.694.367,38 €	5.735.576,54 €
x Kostenbeteiligung 50,00 %	3.033.408,28 €	2.847.358,29 €	2.867.788,27 €
+/- Härteausgleich	- 242.583,22 €	- 264.532,46 €	- 404.044,52 €
= verbleiben	2.582.825,83 €	2.473.639,85 €	2.463.743,75 €

Quelle: statistische Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR

Die Entwicklung der kommunalen SGB II-Aufwendungen geht vom Grunde her einher mit der Entwicklung der SGB II-Leistungsfälle. Die Finanzierungssystematik im SGB II reduziert bei Erzielung von Einnahmen zunächst die Kosten des Bundes (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und danach die kommunalen Kosten (Kosten der Unterkunft, einmalige Leistungen u. a.).

Massiv verstärkt wurde die seit dem Jahr 2017 auffallend kostenmindernde Tendenz insbesondere dadurch, dass für die FlüKdU entsprechend der Statistik der Bundesagentur für Arbeit eine vollständige Kostendeckung (= Bundesmittel) erfolgte. Zuvor, sprich für das Jahr 2016, hingegen wurde der Stadt Rheine für die übergetretenen Flüchtlinge lediglich noch eine Pauschale von 2,2 % auf die KdU nach § 22 SGB II gewährt.

Bedenkens- und insbesondere kommunalfinanzierungsrechtlich beachtenswert ist und wird sein, dass diese Übernahme der FlükdU letztmalig für das Jahr 2021 erfolgen wird. Eine Fortschreibung dieser Kostenbeteiligung im bisherigen Ausmaß ist nicht erfolgt, sondern vielmehr wird ein vergleichbarer Landeszuschuss lediglich direkt dem Kreis zufließen. Über die daraus resultierende verminderte Kreisumlage wird jedoch kein finanzieller Ausgleich zu erwarten sein, so dass sich diesbezüglich ein massives kommunales haushaltärisches Defizit in den Folgejahren ergeben wird. Hierzu wurde im Sozialausschuss ebenfalls bereits im letzten Jahr informiert.

Im Weiteren haben sich in den letzten Jahren im Bereich des Jobcenters der Stadt Rheine entgegen dem kreisweiten Trend die Kosten für Unterkunft und die mit der Unterkunft verbundenen Hilfeaufwendungen (einmalige Leistungen für Wohnungsbeschaffung, Umzug, Ausstattung/Einrichtung) erheblich gemindert. Dieses ist zurückzuführen auf die einzelfallorientiert ermittelten tatsächlichen Bedarfe und die Berücksichtigung der festgelegten Angemessenheitskriterien im Bereich der Unterkunft und Heizung, auch wenn diese durch die seit März 2020 und inzwischen bis Ende 2022 geltenden Corona-Sonderregelungen (vgl. § 67 SGB II) auf Eis gelegt wurden.

5. Widersprüche/Klagen

Entsprechend dem geltenden Rechtsstaatsprinzip können und werden Entscheidungen im Zuge der SGB II-Leistungsgewährungen von den Berechtigten im Rahmen von Widerspruchs- und Klageerhebungen hinterfragt. Zuständige Widerspruchsbehörde ist hier der Kreis Steinfurt (als Träger der Grundsicherung) bzw. die Jobcenter Kreis Steinfurt AöR. Für die weitere Rechtmäßigkeitsprüfung der Widerspruchsbescheide ist erstinstanzlich das Sozialgericht Münster zuständig.

Die beiden nun folgenden Tabellen geben einen Überblick zur Entwicklung der Widersprüche und Klagen für den Bereich des Jobcenters der Stadt Rheine:

Entwicklung der Widersprüche Rheine										
Widersprüche	2017		2018		2019		2020		2021	
Eingegangene Widersprüche	209		212		137		101		73	
erledigt	209	100,0 %	210	99,1 %	130	94,9 %	80	79,2 %	26	35,6 %
unerledigt	0	0,0 %	2	0,9 %	7	5,1 %	21	20,8 %	47	64,4 %
voller Erfolg des Widerspruchsführers	22	10,5 %	22	10,5 %	25	19,2 %	5	6,3 %	3	11,5 %
Teilerfolg des Widerspruchsführers	20	9,6 %	9	4,3 %	8	6,2 %	2	2,5 %	2	7,7 %
Vergleich	5	2,4 %	6	2,9 %	2	1,5 %	4	5,0 %	4	15,4 %
Rücknahme/Erledigung	14	6,7 %	6	2,9 %	8	6,2 %	10	12,5 %	3	11,5 %
Zurückweisung	148	70,8 %	167	79,5 %	87	66,9 %	59	73,8 %	14	53,8 %

Quelle: Interne Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR

Entwicklung der Klagen Rheine										
Klagen	2017		2018		2019		2020		2021	
Gesamtverfahren	49	100,0 %	84	100,0 %	50	100,0 %	50	100,0 %	26	100,0 %
davon:										
unerledigte Verfahren	1	2,0 %	4	4,8 %	13	26,0 %	29	58,0 %	11	42,3 %
erledigte Verfahren	48	98,0 %	80	95,2 %	37	74,0 %	21	42,0 %	15	57,7 %
von den erledigten Verfahren:										
Erfolg des Klägers	7	14,6 %	7	8,8 %	1	2,7 %	0	0,0 %	2	13,3 %
Vergleich	8	16,7 %	7	8,8 %	12	32,4 %	2	9,5 %	5	33,3 %
Rücknahme/Erledigung	26	54,2 %	57	71,3 %	21	56,8 %	10	47,6 %	8	53,3 %
Zurückweisung	7	14,6 %	9	11,3 %	3	8,1 %	9	42,9 %	0	0,0 %

Quelle: Interne Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR

6. Sanktionen

Sowohl aus dem Nachrangigkeitsgrundsatz als auch dem rechtlich fixierten Grundsatz „Fordern und Fördern“ ergibt sich, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern. Wenn dem eLb Arbeit zumutbar ist, muss er sich aktiv darum bemühen, seine Hilfebedürftigkeit zu beenden und aktiv an allen Maßnahmen mitwirken, die dieses Ziel unterstützen. Kommen die Leistungsberechtigten diesen Verpflichtungen ohne wichtigen Grund (wie zum Beispiel bei Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen) nicht nach, treten Sanktionen ein, die nach aktueller Rechtslage unter Berücksichtigung des BVerfG-Urteil vom 5. November 2019 zur Rechtmäßigkeit der Sanktionsregelungen im SGB II eine Kürzung in Höhe von 10 % bis max. 30 % des maßgeblichen Regelsatzes vorsehen können. Ebenfalls sind danach bei der rechtmäßigen Durchsetzung von Sanktionen zukünftig außergewöhnliche Härtefallregelungen und die etwaige Nachholung von Mitwirkungspflichten zu berücksichtigen.

Aus der nachfolgenden Übersicht ist die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (eLb) mit mindestens einer Sanktion zum Stichtag Dezember der Jahre 2019, 2020 und 2021 zu entnehmen:

	Dez. 2019	Dez. 2020	Dez. 2021
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb); insgesamt	3.460	3.343	3.164
davon eLb 25 Jahre und älter	2.732	2.689	2.605
davon eLb unter 25 Jahren	728	654	559
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) mit mindestens einer Sanktion; insgesamt	135	89	90
davon eLb 25 Jahre und älter	97	68	52
davon eLb unter 25 Jahre	38	21	38

Quelle: statistische Auswertung der jobcenter Kreis Steinfurt AÖR

Dabei ist festzustellen, dass für den maßgeblichen Personenkreis jeweils über 80 % der ausgesprochenen Sanktionen aus Meldeversäumnissen resultieren.

Im Weiteren ist die deutlich verminderte Anzahl an Sanktionen im Verlauf jeweils zu den Stichtagen der letzten Jahre zum einen auf die ebenfalls gesunkene Zahl von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und zum anderen auf die rechtlichen Auswirkungen des u. a. BVerfG-Urteils vom 5. November 2019 zur Verfassungsmäßigkeit der Sanktionsregelungen im SGB II als auch dem tatsächlichen überwiegenden coronabedingten Aussetzen von Sanktionen in den Jahren 2020 und 2021 zurückzuführen.

7. Ausblick

Wie sich die weitere Entwicklung in der Grundsicherung nach Auslaufen der Corona-Pandemie, dem vollständigen Wiederaufleben der Wirtschaft und insbesondere dem Wegfall der bis dato installierten coronabedingten staatlichen Unterstützungs- und Hilfeleistungen, aber auch dem weiterhin offenkundigen Fachkräftemangel darstellen wird, ist kaum zu prognostizieren.

Für die Auswirkungen der „Ukraine-Krise“, des dortigen Krieges und der andauernden Flüchtlingsbewegungen gilt Selbiges. Auch hier ist eine belastbare Prognose im Hinblick auf die Entwicklung der Grundsicherungsleistungen, insbesondere unter Berücksichtigung des zum 1. Juni 2022 bevorstehenden Zuständigkeits- und Rechtskreiswechsels (vom AsylbLG zum SGB II/XII) aktuell nicht möglich.

Auch wenn wir natürlich keine Prognose bis zum Ende des Jahres bezüglich Ukraine machen können, aber wir haben doch folgende Info aus dem Lagebild mit Stichtag 04.05.2022: "Der FB 8 bereitet derzeit den vom Bund beschlossenen Rechtskreiswechsel für die Sozialleistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII zum 01.06.2022 vor; Stichtag heute ergeben sich 309 neue Bedarfsgemeinschaften SGB II sowie 30 Bedarfsgemeinschaften SGB XII. Der Personenkreis erhält in Kürze ein Anschreiben nebst Antrag und Vorsprachetermin, die Antragsaufnahme findet ab dem 12.05.2022 statt."

Nachdem zu Mitte letzten Jahres im Jobcenter der Stadt Rheine die Umstellung/Einführung der elektronischen Akte erfolgt ist, schreitet die Digitalisierung in der jobcenter Kreis Steinfurt AÖR weiter voran. U. a. durch das Onlinezugangsgesetz sind derzeit diesbezüglich verschie-

dene Strategien und Projekte, wie zum Beispiel Sozial-Plattform, Online-Anträge, Social-Intranet, anhängig.

Nicht zuletzt steht zum 1. Januar 2023 die Umstellung der Leistungs-Software auf Lämmkom-Lissa an. Dabei sind alle Leistungsfälle „händisch“ zu überführen und in das neue System einzugeben, was für den Herbst 2022 einen weiteren zusätzlichen organisatorischen und operativen Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter/innen bedeuten wird.

Ebenfalls zum Jahreswechsel 2022/23 wird die bis dato der Stadt Rheine übertragene Aufgabe der Unterhaltsheranziehung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) an die Jobcenter Kreis Steinfurt AöR zurückverlagert und die im Rahmen der SGB II-Leistungsgewährung bestehenden vorrangigen (privatrechtlichen) Unterhaltsansprüche von dort zentral verfolgt werden. Beweggrund hierfür war unter anderem auch die vor Ort für die gesamte Aufgabenerledigung im Jobcenter jeweils nur schwerlich sicherzustellende notwendige Personalressource.

Dieser sich mehr und mehr, insbesondere auch im Jobcenter festzustellende Problematik der Personalfuktuation und auch folglich der Personalakquise wird hier seit geraumer Zeit gegengesteuert durch die Erweiterung der Zugangs-/Einstellungsvoraussetzungen für diesen Verwaltungsbereich über die üblichen Verwaltungsausbildungsabschlüsse hinaus. So sind seit jüngster Vergangenheit neben Voll- und Diplomjuristen zusätzlich auch Absolventen „Bachelor of Laws“ der Fachrichtungen Wirtschaft + Recht, Wirtschaftsrecht, Sozialrecht und weitere rechtlich orientierte und basierte Bachelor-Studienabschlüsse mit maßgeblicher Jobcentererfahrung bewerbungs- und zugangsberechtigt. Aber auch damit ist und bleibt der bestehende Fachkräftemangel bei der Personalgewinnung, auch bzw. insbesondere in der öffentlichen Verwaltung (Jobcenter), deutlich erkennbar und nicht abschließend lösbar.